

Migrationspolitik der CDU

Frei will Drittstaatenlösung

Von Albrecht Meier

Unions-Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei verlangt, seine Forderung einer Auslagerung von Asylverfahren außerhalb der EU im CDU-Grundsatzprogramm zu verankern. „Wir brauchen eine sichere Drittstaatenlösung für Europa: Europa muss seine Asylverfahren externalisieren und jeden, der in Europa Asyl beantragt, auf einen sicheren Drittstaat verweisen, der ihm gegebenenfalls vor Ort Schutz gewährt“, sagte Frei dem Tagesspiegel. „Die CDU Deutschlands sollte sich in ihrem neuen Grundsatzprogramm zu diesem Wandel bekennen“, sagte der CDU-Politiker weiter.

Die CDU-Programmkommission hatte am Dienstag getagt, am Montag soll der Entwurf für das neue Grundsatzprogramm vorgestellt werden. Die endgültige Entscheidung über den Text soll beim Bundesparteitag im Mai fallen.

Der Migrationsdruck in Deutschland ist nach wie vor hoch. An diesem Donnerstag will das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) die jüngsten Asylbewerberzahlen für November veröffentlichen. Dabei ist absehbar, dass in diesem Jahr schon zum jetzigen Zeitpunkt mehr als 300.000 Menschen in Deutschland Asyl beantragt haben. Für den Zeitraum zwischen Anfang Januar und Ende Oktober hatte die Zahl der Asylbewerber zuletzt bei 286.638 gelegen.

„Die aktuellen Zahlen machen deutlich: Deutschland ist innerhalb nur eines Jahrzehnts bereits zum zweiten Mal mit der größten

Zahl von Flüchtlingen und Migranten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges konfrontiert“, sagte Frei. Mit herkömmlichen Mitteln sei nach seinen Worten auf Dauer „keine Kontrolle und keine Begrenzung“ zu erreichen. „Wir brauchen einen grundlegenden Wandel im Asylrecht“.

Bei einem Landesparteitag der CDU in Baden-Württemberg stimmte die Partei im vergangenen Monat indes einem Antrag Freis zu, dem zufolge Asylverfahren künftig in sichere Drittstaaten ausgelagert werden sollen. Laut dem Beschluss soll der Drittstaat Asylbewerbern Schutz gewähren, sofern deren Anträge positiv entschieden werden.

Das Ruanda-Modell

Die Auslagerung von Asylverfahren wird auch als „Ruanda-Modell“ bezeichnet. Nach der letzten Bundesländer-Runde von Anfang November prüft die Bundesregierung, ob sich das „Ruanda-Modell“ in der Praxis umsetzen lässt. Die britische Regierung treibt trotz eines Urteils des Obersten Gerichtshofs in London weiter Pläne voran, Asylbewerber nach Ruanda abzuschicken. Mitte November hatte der Oberste Gerichtshof geurteilt, es bestehe die Gefahr, dass Asylbewerber in Ruanda kein faires Verfahren bekommen. Allerdings sprach sich das Gericht nicht grundsätzlich dagegen aus, Asylverfahren in Drittstaaten abzuhalten.

Lars Castellucci, der stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestags, sieht Freis Vorschlag skeptisch. „Weniger Flüchtlinge gibt es dadurch

nicht, so ehrlich müssen Herr Frei und die CDU sein“, sagte er. „Drehen wir das Thema doch einmal um: Nicht auszudenken, wenn die Menschen, die seit 2015 kamen, heute nicht zu Hunderttausenden Bestandteil des deutschen Arbeitsmarktes wären“, so Castellucci.

Castellucci kritisierte, dass die CDU „mit ihrer Abwehrhaltung gegen Einwanderung und Hilfen für Menschen mit Beeinträchtigung auf dem Arbeitsmarkt den Fachkräftemangel zu verantworten“ habe. Er verwies darauf, dass die Regierung das Ziel habe, irreguläre Migration durch die Öffnung legaler Wege unnötig zu machen. „Sichere Fluchtrouten, nicht Schlepper, Abkommen mit Herkunftsstaaten sowie Visaerleichterungen und eine verstärkte europäische Zusammenarbeit – das sorgt für Humanität und Ordnung in der Flüchtlingspolitik“, so Castellucci.

Grundsatzprogramm der CDU

Das neue Programm entsteht unter der Federführung des Vorsitzenden der Programm- und Grundsatzkommission der Partei, Generalsekretär **Carsten Linne-mann**. Nach seinen Worten setzt die CDU unter anderem auf einen nach außen und innen starken Staat – mit einer gut ausgerüsteten Bundeswehr und Polizeikräften.